Bürgerrat Bildung und Lernen

Bericht vom 2. Bürgerrat in Berlin

Gerd-Ulrich Franz

Die Montag Stiftung Denkwerkstatt hatte 2020 angefragt, ob wir als GGG dieses Projekt eines Bürgerrats begleiten würden. Eine gute Gelegenheit, die Kooperation zu stärken und diese Form des Diskurses und der Entscheidung direkt mitzuerleben. Wir haben unsere Unterstützung zugesagt, beteiligten uns an einer Online-Themensammlung und brachten dort unsere dezidierten Erwartungen für eine Schule für alle ein.

An den Bürgerratsveranstaltungen im Jahr 2021 waren wir nicht beteiligt, wurden aber am 30. 11. 21 in einer Feedback-Runde mit den Stiftungs- und den Durchführungsverantwortlichen über die ersten Ergebnisse der Bürgerräte, auch der beteiligten Kinder und Jugendlichen, informiert. Dieses "Sofortprogramm 2021" bot einen ersten Einblick in die Strukturen und inhaltliche Qualität der Ergebnisse.

Es zeigte sich insbesondere, dass die Kinder und Jugendlichen sehr nah an ihrem eigenen Alltag orientierte Forderungen an die Politik formulierten. Diese sind aber zum einen an vielen Schulen längst verwirklicht, zum anderen könnten sie vielfach durch engagierte Teilhabe in der Schule unmittelbar umgesetzt werden.

Der Bürgerrat formulierte im Kapitel "Gleiche Chancen für alle Schüler*innen" Positionen, die wir als GGG ebenfalls seit Langem vertreten. So stellte sich erstmals die Frage, ob und wie ein Bürgerrat (BR) weiterführende, d. h. über eine aktuelle Praxis und den Diskussionsstand hinausgehende Forderungen überhaupt entwickeln kann, welche Rolle die Fachleute spielen könnten.

Ablauf des Bürgerrats im 2.Jahr

Im März 2022 bündelte ein Bürgerratsausschuss die Themen und formulierte "Stellschrauben" für die Umsetzung von "Gleiche Chancen für alle" in der Schule. Beim digitalen Forum im Juni 22 wurden diese ausführlich diskutiert und Begründungen dazu formuliert – von den ausgelosten/gewählten 175 "Bürgerräten" (zufällig dabei: Roland Schiefelbein, GGG-NRW), begleitet von

10 Experten, darunter Dieter Zielinski. Hierüber wurde am Ende abgestimmt und diese so gewichteten Aussagen auch zur Materialbasis für den 2. Bürgerrat, der mit ca. 90 Teilnehmern (TN) am 17/18. 9. 22 dann live in Berlin stattfand.

Zentraler Fokus sollte also "Gleiche Chancen für alle" sein. Der klar moderierte Ablauf folgte den Etappen der Lernbiografie: 0-6 Jahre (Kita), 6-16 (allgemeinbildende Schule), 16-25 (berufliche Bildung). Es standen jeweils Expert*innen auf Zuruf in den 15 Tischgruppen zur Verfügung, deren Diskussionsergebnisse als Forderungen mit Begründung an den Stellwänden dann allen TN zugänglich waren.

Im nächsten Schritt diskutierten anders zusammengesetzte Tischgruppen, welche der Forderungen wie zusammengefasst und übergreifend ausformuliert werden könnten. Über die je 5 Forderungen zu den biografischen Etappen wurde so zum Schluss von allen TN in einem e-voting abgestimmt. Im Oktober wird ein aus "selbstgemeldeten" TN und den durchführenden Agenturen gebildeter Redaktionsausschuss diese als "Sofortprogramm 2022" ausformulieren und in einer Broschüre veröffentlichen. Die TN wurden aufgefordert, ihrerseits in ihrem Umfeld als Botschafter des Bürgerrates die verabschiedeten Forderungen selbst zu verbreiten.

Rolle der Experten

Die Expert*innen hatten neben der Bereitschaft zur Beratung der Tischgruppen die Aufgabe, an den Stellwänden die formulierten Ergebnisse einordnen zu helfen und Nachfragen zu beantworten – ohne dabei eigene Positionen einzubringen! Der "allgemeinbildenden Schule" zugeordnet, erlebte ich so intensive, immer auch wertschätzende Diskussionen an den Tischen und interessierte Nachfragen an den Stellwänden. Schon während der Diskussionsphasen in den Tischgruppen hatten wir Experten Zeit, unsere eigene Rolle und die durch diesen Bürgerrat formulierten Aussagen zu diskutieren. Uns war bewusst, dass die Veranstalter ausschließlich Formulierungen der teilnehmenden Bürger als Ergebnisse aufnehmen wollten. Dies führte zu teils unscharfer Begrifflichkeit, die wir nicht immer ausschärfen konnten – oder durften! Wir waren uns einig, dass diese Vorgabe dazu beigetragen hat, dass die konkreten Aussagen und Forderungen der Bürger kaum über die aktuellen Diskussionsstände hinausgehen konnten. Eine Expertin brachte zudem ein, dass durch die Maßgabe, die Ergebnisse als "Forderungen der Bürger an die Politik" zu formulieren, eine unangemessen einseitige Verantwortung nahegelegt und die eigenen Möglichkeiten nicht thematisiert wurden.

Fazit

In der zeitnah realisierten Feedbackrunde der Expert*innen mit den Veranstaltern konnten wir diese Bedenken einbringen. Konkret konnten wir verabreden, für unsere Bereiche die jeweils 5 abgestimmten Forderungen einordnend zu kommentieren. Ein Redaktionsausschuss wird über die weiteren Schritte mit den Ergebnissen beraten.

Meine grundsätzliche Einschätzung zu den Anforderungen/Erwartungen an einen Bürgerrat ist nach dieser Erfahrung, dass es weder möglich noch zielführend ist, die Bürgerräte eine komplexe Problemlage ausformulieren zu lassen. Besser erscheint uns, sie vorab offen über die aktuellen Entwicklungsstände zu informieren. Die für eine Veränderung auf verschiedenen Ebenen notwendigen Entscheidungen und deren gesellschaftliche Implikationen sind transparent zu machen. Nur auf dieser Grundlage können Bürgerräte Ziele diskutieren, mit den eigenen Erfahrungen abgleichen, gemeinsam Positionen formulieren und dann stellvertretend für alle Bürger entscheiden. Das ist Anspruch genug und nimmt einen Bürgerrat in seiner Funktion für die Gesellschaft ernst. Nur dann werden die Ergebnisse und Forderungen auch Gehör in der Öffentlichkeit finden und akzeptiert werden können.

Mitglieder werben Mitglieder

Liebes Mitglied,

wir freuen uns, dich an unserer Seite zu wissen. Vielleicht gibt es aber in deiner Schule oder deinem sonstigen Umkreis Menschen, die nur noch einen kleinen Stupps benötigen, um ebenfalls der GGG beizutreten.

Nur gemeinsam können wir etwas bewegen! Auf viele Entwicklungen können wir umso stärker Einfluss nehmen, je stärker wir sind. Hilf unserem Verband und damit also uns allen, weiter zu wachsen und mehr Einfluss und Handlungsspielraum zu gewinnen. Die aktuellen politischen Entwicklungen und Tendenzen fordern unser aller Engagement!

Dein Engagement soll auch belohnt werden. Für jedes von dir gewonnene Neumitglied erhältst du eine **Prämie von 50 €.**

So geht's:

Auf www.ggg-web.de den Button "Mitglieder werben Mitglieder" anklicken, das zweiseitige Formular herunterladen, ausfüllen und an die GGG-Geschäftsstelle senden.

Wir freuen uns über deine Unterstützung!

Andreas Baumgarten, GGG-Geschäftsführer